

Reinhard J. Voß

Erfahrungen beim Friedensstiften – das Ringen um ein neues Paradigma christlicher Friedensarbeit

Vortrag in Potsdam im Rahmen der Friedensdekade am 19.11.2002

0

Bericht der „ökumenischen Begleiterin“ Barbara Thiel aus einem palästinensischen Dorf nicht weit von Jerusalem, Jayyous bei Qualkyia, vom 20.10.02.

Sie wussten, dass Olivenhaine von der israel. Armee zerstört werden sollten und kamen zur Beobachtung als Internationale. Sie halfen beim Ernten. Um Mittag kam der Bürgermeister zu ihnen: „Die Soldaten wollen euch sprechen...“ Der verantwortliche Militär forderte sie auf, die Dorfbewohner in 15 Min. ohne Zwang zum Gehen zu veranlassen. „Ich will keine Eskalation und Gewalt, aber ich bin verantwortlich, dass der Bulldozer seine Arbeit tun kann...“ Die Antwort der Internationalen war klar: „Wir sind nicht da, um auf diese Weise von der israelischen Armee missbraucht zu werden.“ Auf politische Anfragen, ob israelisches Recht über internationalem Recht stehe und die Lebensbasis palästinensischer Bauern nicht zu schützen sei, ging der Soldat nicht ein. Über solche Fragen könne man diskutieren, wenn man sich privat verabredet.“ Was man auch tat. Nach 15 Min. zogen Bulldozer und Jeeps ab und kamen an diesem Tag nicht wieder. Der BM quartierte die Internationalen im Dorf ein. Eine Hoffnungsgeschichte?!

Das Ökumenische Begleitprogramm des ÖRK, an dem sich Pax Christi und mehrere Ev. Missionswerke beteiligen, will Ungerechtigkeiten öffentlich machen, die bedrohten Minderheiten schützen und begleiten und dazu beitragen, die „Okkupation zu beenden“ – dies alles auf Bitten der einheimischen Kirchen. Solche Initiativen brauchen wir – und nicht Kriegsvorbereitungen und Spiralen von Selbstmord-Terror und Militär-Terror.

Ich möchte zunächst in drei Schwerpunkten grundsätzlicher anfangen, bevor ich auf solche praktische Fragen des Friedensstiftens zurück komme.

I „Gerechter Friede“

II 2 Optionen: Spannung zwischen den Optionen für Gewaltfreiheit und für die Unterdrückten

III 5 Leitbilder eines christlichen Pazifismus

I

Kirchliche Friedensarbeit war seit der Konstantinischen Wende stets geprägt von der Lehre des „Gerechten Krieges“. Dies war der Verstaatlichung der Kirche geschuldet und ging, ähnlich wie spätere sozialdemokratische Theorien von der Zivilisierung des Kapitalismus, von der Zivilisierung des Krieges aus, der nun in einem klaren ethischen Rahmen zu führen erlaubt wurde. Daran hat letztlich die Lutherische Reformation auch nichts geändert, sieht man von der von Luther bekämpften 2. Reformation der Täufer und späteren Friedenskirchen einmal ab. Noch heute werden protestantische PfarrerInnen auf „CA 16“ verpflichtet, nämlich:

Seit wenigen Jahren - prägnant auf den Punkt gebracht durch das gleichnamige Katholische Bischofswort vom September 2000 – spricht man in den Kirchen gern und oft vom Paradigmenwechsel zum „Gerechten Frieden“. Der Limburger Bischof Kamphaus – wir ermutigen uns derzeit gegenseitig, nach dem Motto „Statt Präventivkriege brauchen wir Kriegsprävention!“-

forderte im Geiste dieser Denkschrift am Reformationstag 2002 in der Wiesbadener Lutherkirche, überall dort im Geiste der Gewaltlosigkeit Widerstand zu leisten, wo die Lust an der

Gewalt Verhaltensweisen prägen und Gewalt Leben zerstört.“ Und das meint er privat und politisch!

Wenn es denn ein Paradigmen- und nicht nur ein Perspektiven-Wechsel ist, so gilt fortan: es geht nicht mehr darum, Krieg als politisches Mittel zur Durchsetzung von Moral und Friedensethik zu rechtfertigen, sondern den Weg zu bahnen für den Aufbau von Gerechtigkeit und Entwicklung als Basis für dauerhaften Frieden. Vergleicht man allerdings die beiden Konzepte, so gehen beide von Kriterien aus, die Gewaltanwendung aus humanitären Gründen weiterhin erlauben. Es geht dabei auch noch um die überkommenen Prinzipien des Gerechten Krieges von Augustinus, Jahrhunderte später sozusagen kodifiziert von Thomas v. Aquin und heute noch einleuchtend klingend, nämlich:

Erhaltung des Gemeinwohls, Selbstverteidigung, rechtmäßige Autorität, gerechter Grund, die rechte Absicht, Gutes zu befördern und Übles zu verhüten – und dies alles nur als „ultima ratio“. Gerade diese letzte Formel hat in den letzten 10 Jahren eine Siegeszug angetreten in der aktuellen Politik – nicht zuletzt gefördert durch die EKD-Friedensdenkschrift von 1993. Sie ist – so scheint mir – von einer jahrhundertealten Kriegsbeschränkung-Formel zur neuen Begründung von modernen Kriegen (man sagt jetzt lieber „Humanitäre Interventionen“) im Namen von Demokratie und Menschenrechten avanciert. Aber angesichts moderner Waffentechniken und Massenvernichtungsmittel einerseits, sowie geostrategischer, polit-ökonomischer Interessen der Staaten auf globaler Ebene andererseits reichen diese Kriterien in keiner Weise mehr aus. Ich sage sogar: sie lassen sich für keinerlei Krieg mehr heranziehen unter den Bedingungen von heute. Krieg als Mittel der Außenpolitik gehört ins Archiv der Geschichte und nicht auf die Planungstische der Politiker.

Die Crux ist nur, dass zu wenig an Alternativen gearbeitet wurde und wird. Genau dieser Wechsel soll mit „Gerechter Friede!“ eingeleitet werden. Er reflektiert seinerseits schon die Erfahrungen der gewaltfreien Revolution in der DDR – in Friedensgebeten seit 1981 mit vorbereitet und von ihnen ausgegangen – und er reflektiert den Aufbau von neuen Strukturen Ziviler Konfliktbearbeitung und Zivilen Friedensdienstes in Deutschland in den 90er Jahren. Dieser Ansatz „Gerechter Friede“ ist durchwirkt vom Prinzip der Gewaltfreiheit und weist dieses in der jüdisch-christlichen Geschichte sowohl theologisch wie auch historisch als roten Faden nach, der im Kreuzestod Jesu und seinem schwer errungenem ultimativen Gewaltverzicht kulminiert und zur Nachfolge aufruft.

In „Gerechter Friede“ gibt es ein kleines, aber leider unproportional oft zitiertes Kapitel über die Legitimität von Gewalteinsätzen aus ethischen Gründen. Diese bauen auf den überkommenen Kriterien auf, gehen aber über sie weit hinaus und setzen einen neuen Rahmen. Und wendet man die neuen Kriterien an, so ist kein Krieg seit 1990 „gerechtfertigt“.

Aber gehen wir mit diesem Spannungsfeld von Ethik und Politik direkt auf die aktuelle Situation des drohenden Irakkrieges ein.

Es gibt einen Brief an George W. Bush, der diese Spannung sehr deutlich werden lässt, nämlich der Präsidentin des Bischofsrates der „United Methodist Church“, Sharon A. Brown Christopher, vom 4. 10. 2002, den diese nicht direkt an Präsident Bush, Mitglied ihrer Kirche, übergeben durfte.

Er reflektiert so viele unserer Bedenken als Pazifisten und Christen, dass ich ausführlich zitiere.

Liebe evangelisch-methodistische Schwestern und Brüder im Glauben,

ich schreibe Euch als Präsidentin des Bischofsrates in großer drängender Sorge angesichts der gefährlichen Lage, in der sich unsere Welt gegenwärtig befindet. Ich tue das, weil

1. das Evangelium des Friedens zu Gehör gebracht werden muss;

- 2) die sozialen Grundsätze unserer Kirche uns entsprechende Wegweisung geben;
- 3) unsere Generalkonferenz vom Bischofsrat erwartet, dass er „zur Kirche und als Kirche zur Welt spricht“.

Es ist völlig klar, dass das Evangelium Christi ein Evangelium des Friedens ist. Jesus verwirft die gewaltsame Reaktion auf das Böse.“ Wer das Schwert nimmt, der wird durch’s Schwert umkommen.“

Wenn Jesus zu uns redet und von einer neuen Lebensweise spricht, dann verkündigt er, dass Friedensstifter gesegnet werden und dass sie „Gottes Kinder heißen“ werden. Er setzt den Maßstab sogar noch höher an, wenn er uns nachdrücklich auffordert, unsere Feinde zu lieben und „für die zu bitten, die euch verfolgen“. Paulus sagt uns, dass wir nicht Böses mit Bösem vergelten, sondern „Böses mit Gutem überwinden“ sollen.

Unsere Generalkonferenz nimmt dazu auf der Grundlage dieser Lehren so Stellung: „Einige Staaten besitzen mehr militärische und wirtschaftliche Macht als andere. Die Machthaber sind dafür verantwortlich, dass ihr Reichtum und ihr Einfluss mit Zurückhaltung eingesetzt werden. ... Wir glauben, dass Krieg mit der Lehre und dem Beispiel Christi unvereinbar ist. Wir verwerfen deshalb den Krieg als Instrument der Politik. Wir bestehen darauf, dass es die wichtigste moralische Pflicht aller Staaten ist, alle zwischen ihnen aufkommenden Konflikte mit friedlichen Mitteln zu regeln.“

Der Brief geht dann auf den irakischen Diktator Saddam Hussein und seine grausame Herrschaft sowie dessen Missachtung zahlreicher Resolutionen der Vereinten Nationen ein, betont aber :

„Ein Präventivkrieg gegen einen Staat wie den Irak widerspricht aber in jeder Hinsicht dem, was wir als Wesen des Evangeliums verstehen, den Lehren unserer Kirche und unserem Gewissen. Ein präventiver Angriff gibt vielmehr jede Zurückhaltung auf und verhindert die angemessene Anwendung friedlicher Mittel zur Konfliktlösung. Angesichts dieser Sachlage ist es für Menschen in der Nachfolge Christi nicht möglich zu schweigen.“

Wenn Saddams Politik auch „tiefes Erschrecken“ auslöse, so sei die methodistische Kirche „jedoch schon immer (aus historischen Gründen) eine Kirche gewesen, die nach Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung trachtet.“

Dann allerdings kommt noch die „Ultima ratio“ in einem Satz vor: Auch wenn wir anerkennen, dass die Anwendung militärischer Mittel unter außergewöhnlichen Umständen zur Selbstverteidigung nötig werden kann, steht unser Gehorsam gegenüber dem, was nach unserem Verständnis das Wesen des Evangeliums von uns fordert, an erster Stelle: Gnade, Barmherzigkeit, Friede, Gerechtigkeit und Liebe.“

Der Brief schließt mit den Worten:

„Deshalb rufe ich uns alle zum Gebet auf. Betet für die führenden Politiker der Nationen, von denen viele sich als Christen verstehen: dass sie sich bei allen entscheidenden Beschlüssen wirklich vom Geist Christi leiten lassen. Schreibt ihnen, ruft sie an, teilt ihnen Eure tiefe Sorge mit. In besonderer Weise nimmt die Methodisten, Präsident Bush und Vizepräsident Cheney, in Eure Gebete auf, dass sie aufrichtig den Willen Gottes suchen, wenn sie ihre außerordentlich bedeutsamen Entscheidungen über Leben und Tod, Krieg und Frieden treffen.

In Christus – Sharon A Brown Christopher

Kopien an Präsident George W. Bush und Vizepräsident Richard Cheney

II

Im Kern geht es um die Spannung zwischen zwei „vorrangigen Optionen“, der für Gewaltfreiheit und der für die Schwachen und Unterdrückten.

Die zugespitzteste Form dieser aktuellen Spannung zwischen staatlicher Politik und menschenrechtlicher Diskussion ist die Frage, ob „Krieg für Menschenrechte“ geführt werden darf – oder pragmatischer mit den Worten des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) ausgedrückt: welche staatlichen Zwangs-Mittel sollen angewendet werden „zum Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen in Situationen bewaffneter Gewalt“. So heißt das Kompromisspapier, das der ÖRK bei seiner Zentralaussschuss-Sitzung im Februar 2001 in Potsdam zur Diskussion freigab, weil er es nicht zu entscheiden vermochte. Es war zugleich die Eröffnung der Dekade zur Überwindung von Gewalt – parallel zur gleichgerichteten UN-Dekade für eine „Kultur des Friedens“.

[Die allzu schnelle einfache Antwort jedenfalls, die Außenminister Joschka Fischer im Jugoslawienkrieg 1999 mit dem Hinweis „Nie wieder Auschwitz“ gab, ist irreführend und gefährlich. Horst Eberhard Richter empörte sich unter Berufung auf seinen befreundeten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Gießen, Prof. Jakob Althaus: „Nun dieses Versagen (der 68er Politiker-Generation), verschleiert durch mehr oder weniger glänzende Rhetorik, die begründen will, warum das Zerstörungswerk der Hitler-Generation in Serbien ausgerechnet von ihren Nachfahren, noch dazu unter Verweis auf Auschwitz, fortgesetzt werden soll. Aber da melden sich nun alte Holocaust-Überlebende mit einer ganzseitigen Anzeige in der FR zu Wort. Sie protestieren energisch gegen „die neue Auschwitzlüge“. Recht haben sie.“(Wanderer zwischen den Fronten, 2000, S. 332)]

Der Generalsekretär des ÖRK, Konrad Raiser, hat im „Jahrbuch Menschenrechte 2002“ (suhrkamp) Stellung bezogen zur Frage „Gewalt überwinden durch Verteidigung der Menschenrechte?“ Darin stellt er sich auch der Frage nach dem Einsatz militärischer Gewalt als „letztem Mittel“ und meint, trotz eines gewissen Verständnisses für antikoloniale Bewegungen, die in den 60er und 70er Jahren auch vor dieser Frage standen, habe die ökumenische Bewegung stets „eine ausdrückliche Legitimierung und Rechtfertigung von Gegengewalt als ‚letztem Mittel‘ bewusst vermieden“. Nun sei nach Ausrufung der Dekade zur Überwindung von Gewalt und den unglaublich perfiden Terror-Anschlägen des 11. September 2001 die Frage in neuer Form aktuell. Aber sie war auch schon gestellt in den Konflikten in Somalia, Bosnien, Ruanda und Kosovo. Die UNO steht vor einem Dilemma: ihre Charta erlaubt kein Eingreifen in die Souveränität eines Staates zum Schutz der Bevölkerung, deren eigene Regierung sie nicht mehr schützt; die Charta verpflichtet sie aber gleichzeitig zur allgemeinen Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte bei allen Mitgliedern. Sie hat in Artikel VI und VII unterschiedliche Wege internationalen Eingreifens vorgeschlagen, die mit einem Mandat des Sicherheitsrates ein Eingreifen unter bestimmten Bedingungen und im Rahmen eines festgelegten Mandates erlauben – schlichtend, kontrollierend, robust eingreifend, usw.

Aber auch in der kirchlichen und ökumenischen Diskussion ist das Dilemma bislang nicht eindeutig gelöst worden. Ich zitiere Raiser (ebd. S. 140f.):

„Für die einen, in der pazifistischen Tradition, hat das Gebot des Gewaltverzichts unbedingte Gültigkeit. Für die anderen steht der Schutz bedrohten menschlichen Lebens im Vordergrund und berechtigt im extremen Fall auch zum Einsatz von Waffengewalt. (... Dieser) bleibt gefangen im moralischen Dilemma, das der Logik der Gewalt inhärent ist.“

Das rechtliche und moralische Dilemma wird insbesondere weiter diskutiert werden in Bezug auf die Unterscheidung militärischer oder „weltpolizeilicher“ Maßnahmen (Präsident Spital, Pax Christi); in Bezug auf die Unterscheidung von Menschenrechtsverletzungen allgemeiner, auch schwerwiegender Art und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“; in Bezug auf die Unterscheidung zwischen (auch militärischen?) Maßnahmen zum Schutz von bedrohten Menschen/ Bevölkerungen und militärischen Aktionen im Kriegsfall. Wie schwer gerade dies zu unterscheiden ist und wie schnell und propagandistisch erfolgreich es vermischt wird, hat der Afghanistankrieg - nicht nur mit Brot und Bomben - gezeigt. Das erklärte Kriegsziel war nicht der Regierungssturz; er wurde geführt zur Ergreifung Bin Ladens und seiner Helfershelfer; faktisch vertrieb er unter hohen Verlusten in der Zivilbevölkerung - die Talibanregierung und errichtete – dann mithilfe der UNO - eine neue Regierung, deren Schicksal und Machteinfluss weiterhin durchaus ungewiss ist.

Ich selbst bin skeptisch und warne öffentlich vor einer Ausdehnung der Menschenrechtsbegründungen für neue Kriege, denn ich sehe, wie viele andere Rechte dabei verletzt, welche „Dämonen“ dabei freigesetzt und welche versteckten Macht- und Wirtschaftsinteressen dabei verfolgt werden. Ich plädiere für eine Reform und Ausweitung der

Kompetenz der UNO, für die breite Unterzeichnung der vielen UN-Abkommen des letzten Jahrzehnts, besonders der Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofes, der parallel zur Kriegsverbrecherverfolgung in Den Haag auch zivile Terrorakte im Weltmaßstab ahnden wird.

III 5 Leitbilder eines christlich geprägten politischen Pazifismus

Kirchen haben lange genug Gewalt und Kriege gerechtfertigt – manchmal sogar selbst geführt. Es geht nun drum, für einen gerechten Frieden zu arbeiten. In einem Papier, das in ökumenischen Basisgruppen gerade erstellt wurde, haben wir versucht, konkret zu werden.

Ich ordne diese Vorschläge nun in den Rahmen von fünf Leitbildern eines politischen Pazifismus ein, die ich sozusagen als meine Bilanz, ein Jahr nach dem 11.9. in Publik-Forum veröffentlicht habe.

In meinem Beitrag zum Pazifismusstreit mit Staatsminister L. Volmer in der FR nannte ich im Januar 2002 **fünf Leitbilder** für christlich motivierte politische PazifistInnen.

1. **das Leitbild des gewaltfreien Jesus**, die Vision der „Pax Christi“, des jesuanischen Friedensstiftens durch radikales Verstehen und manchmal auch Provozieren des „Gegners“. Das Hinhalten der „anderen Wange“ (Mt. 5,39) sagt dann: „Dein erster Schlag hat sein eigentliches Ziel verfehlt. Ich verweigere dir das Recht, mich zu demütigen.“ (W. Wink) Solch gewaltfreier Widerstand ist nicht passiv, sondern eine sehr aktive, erlernbare, und sogar taktisch und strategisch einsetzbare Haltung und Handlung. Sie setzt aber eine spirituelle Vertiefung voraus, eine ständige innere Wachheit.
2. **das Leitbild des „gerechten Friedens“**, das sich der grundsätzlichen „vorrangigen Option für Gewaltfreiheit“ der Ökumenischen Versammlungen der Kirchen in der DDR (1987/88) verdankt, basierend auf der tiefen Einsicht, dass Gewalt allzu leicht nur Gewalt gebiert und in Form einer Spirale sehr schnell politisch unkontrollierbar wird.
3. **das Leitbild der zivilen Konfliktbearbeitung**, das sich z.B. umsetzt im „Zivilen Friedensdienst“ und im „Schalomdiakoniat“. Pazifisten entwickelten dazu eine Vielfalt gewaltfreier Aktionsformen von der Sozialen Verteidigung und der Mediation bis zu internationalen Missionen in präventiver und auch konfliktvermittelnder Absicht.
4. **das Leitbild einer Kultur des Friedens und der Toleranz**, ein dialogisch-politischer Ansatz der Anerkennung unterschiedlicher Interessen und Positionen jenseits eines simplen Gut-Böse-Schemas. Dies Leitbild verweist auch auf die eigenen negativen Anteile und wird dadurch konsens-, kompromiss- und versöhnungsfähig. Interreligiöser und interkultureller Dialog sind Wege dahin.
5. **das Leitbild des Völkerrechts im Sinne von Kants „Ewigem Frieden“**, nämlich einen weltweit koordinierten und kodifizierten juristischen Weg der Gewaltkontrolle durch Entwicklung weiterer UNO-Instrumente zur Bekämpfung und Bestrafung internationaler Gewalttäter. Der nächste Schritt dazu ist nun die rasche Ratifizierung des in Rom 1998 beschlossenen Internationalen Strafgerichtshofes.

Diese Leitbilder verdanke ich den Diskussionen des letzten Jahres in der Friedensbewegung, in den Kirchen und besonders bei Pax Christi. Dabei erlebte ich eine rege Vielfalt an Vorschlägen zur Umsetzung, von denen ich hier einige weiter geben möchte, denn „Visionen brauchen Fahrpläne“ (Ernst Bloch).

Das Leitbild des „gewaltfreien Jesus“ ist in der friedensethischen Diskussion noch nicht genügend berücksichtigt worden. Es hat durchaus politische Implikationen. Hier ist eine „jesuanische Pädagogik“ mit gesellschaftspolitischem Anspruch weiter zu entwickeln, die

erweist, dass und wie Feindesliebe konkret gelebt werden kann. Dazu gehört ein Neu-Durchdenken der Kreuzestheologie. Ich nenne nur das Beispiel der Herz-Jesu-Gemeinschaft in Miribel bei Lyon, wo „Sacré coeur“ im Sinne konsequenter Gewaltfreiheit gelebt wird. Das führt die Mönche dort bis in die Konfliktbearbeitung in Ruanda hinein.

Wenn wir das Wort vom „mutigen und tapferen Widerstand voller Weisheit des Jesus von Nazareth“, das Gandhi uns Christen kurz vor seinem Tod wie ein Testament überließ, ernst nähmen, sähen wir wie er, dass Jesus kein „passiver Widerständler“ war! Und wir ließen ab von der Verniedlichung, Verharmlosung und Spiritualisierung vieler Heiliger, wie Martin von Tours, Franz von Assisi oder de las Casas sowie der Verdrängung der Geschichte der Historischen Friedenskirchen (Brethren, Mennoniten, Quäker).

Das Leitbild des „Gerechten Friedens“ wurde 2000 vom gleichnamigen katholischen Bischofswort unter Berufung auf die ökumenischen Versammlungen in der DDR eingeführt und atmet einen völlig neuen Geist der Gewaltfreiheit. Es plädiert zwar noch in schlimmsten Fällen für die „ultima ratio“ militärischen Eingreifens, ist aber von Pazifisten sehr ernst zu nehmen, denn mit den dort aufgestellten ethischen Kriterien ist kein moderner Krieg mehr zu rechtfertigen. Es gibt im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel, und auch unter den modernsten Bedingungen kriegerischer - angeblich „chirurgischer“ - Vernichtungs-Technologie nicht die Möglichkeit, Zivilisten ausreichend zu verschonen. So sagten die US-Bischöfe schon 1993 - noch im Paradigma des Gerechten Krieges: „Angesichts der Vernachlässigung friedensfördernder Tugenden und der Zerstörungskraft heutiger Waffen bleiben ernsthafte Fragen, ob moderner Krieg in all seiner Grausamkeit dem harten Test der Gerechten-Kriegs-Tradition standhält.“ (The Harvest of Justice Is Sown in Peace, US-Kath.Bischofskonferenz, Nov. 1993). Leider hielt sie das in in ihrer Mehrheit nicht davon ab, den Afghanistan-Krieg als „Selbstverteidigung der USA“ zu rechtfertigen. Kritiker der „just war brothers and sisters“ wie Tom Cordaro (Pax Christi USA), der sich selbst nicht als Radikalpazifist sieht, meinten dazu: Die Kriege in Jugoslawien und in Afghanistan zeigten, dass aus Angst vor dem Verlust der Zustimmung in den Demokratien eher der Verlust „gegnerischer“ Zivilisten als der Tod eigener Soldaten in Kauf genommen wurde. Dazu setzt „der Westen“ auf einheimische Bürgerkriegsparteien und unterstützt sie mit teilweise geächteten Megabomben aus unerreichbarer Lufthöhe.

Die Verlegung von Krieg und Terroraktionen in die Zivilzonen (Bombardierung von Dörfern etc.; Geiselnahmen und Verschanzungen in Zivilsiedlungen; Aufstellung von Militäreinheiten in Siedlungen, bei Krankenhäusern etc.) sind Teil der „privatisierten Gewalt“ unseres Zeitalters geworden und verlangen im Sinne des „Gerechten Friedens“ prinzipiell andere Antworten als Krieg: nämlich Prävention, Verhandlungen, internationale Zivilinterventionen, Polizeieinsätze etc. Krieg darf und kann kein Mittel der Weltinnenpolitik mehr sein.

Das Leitbild der „Zivilen Konfliktbearbeitung“ ist in Deutschland seit 1998 deutlich vorangekommen, steht aber jetzt in der Gefahr, im Zeichen der Wiedereinführung von Krieg als Mittel der Außenpolitik politisch diskreditiert und vereinnahmt zu werden. Die Regierung hat einiges angestoßen. Die Einsetzung eines Menschenrechtsausschusses und -beachtragten, die bescheidene Förderung des ZFD in der politisch eingehegten Entwicklungshilfe, die Fach-Kurse des AA für zivile Begleiter von UNO- und OSZE-Missionen, die neuen Abteilungen wie „frient“ (FriedensEntwicklung) im BMZ und „zif“ (Zentrum für internationale Friedenseinsätze) im AA, das bis zu 3000 zivile Fachkräfte für internationale Missionen (UN, OSZE, EU) zur Friedenssicherung bereit stellen soll sowie auch die Zusage von Material und Fachpersonal für UN-Einsätze durch das „Verteidigungs“- Ministerium sind Ansätze, die als erste Erfolge gesellschaftlichen Basisdrucks zu sehen sind.

Es geht jetzt um den konsequenten Ausbau und die finanzielle Absicherung von zivilen Friedensfachdiensten, um den Ausbau von Frühwarnsystemen gerade auch mit Hilfe kirchlicher

und zivilgesellschaftlicher Strukturen, um Prävention und gewaltfreie Konfliktbewältigung in Krisengebieten, um breiten Ausbau entsprechender Qualifizierungs- und Einsatzmöglichkeiten – und dies möglichst nach dem Prinzip der Subsidiarität.

Dem Leitbild einer „Kultur des Friedens“ hat die UNO neue Bedeutung geschenkt („Manifest 2000“). Die Träger der politischen Bildungsarbeit und die Kirchen sind hervorragend dazu geeignet, die Idee eines übernational verstandenen Gemeinwohls zu fördern sowie Partnerschaften mit Gemeinden der eigenen und anderer Konfessionen und Religionen in Krisengebieten auf- und auszubauen, im Religions- und Ethikunterricht an den Schulen die Vermittlung friedensethischer Normen zu verstärken und die ethische Fragwürdigkeit von Waffenproduktion, -handel und -gebrauch verstärkt öffentlich bewusst zu machen (wie schon bei den Kampagnen gegen Landminen und Kleinwaffen). Auch sollten sie sich endlich beim Gesetzgeber für die Möglichkeit einsetzen, Steueranteile, die der Finanzierung militärischer Aufgaben dienen, aus Gewissensgründen für Friedensdienste und Entwicklungshilfe umzuwidmen. Dies fordern „Friedenssteuer-Initiativen“ seit Jahren. Originär christlich-pazifistische Aufgaben sind hier die Intensivierung der Versöhnungs-, Begegnungs- und Verständigungs-Arbeit (pax christi versucht dies mit seinem Projekt „Erinnern für die Zukunft“) und die Entwicklung einer Alltagspraxis des „versöhnten Lebens“, in der Konfliktfähigkeit und Versöhnungsbereitschaft zusammen gehören.

Schließlich hat **das Leitbild des Völkerrechts** eine immer wichtigere Bedeutung für den Weltfrieden. Ein ermutigendes Zeichen ist der gerade am 1.7.2002 eingerichtete Internationale Strafgerichtshof in Den Haag. Ein „juristischer Pazifismus“ sollte gerade auch die USA als mächtigste Nation von ihrer zunehmenden Missachtung solcher Regelungen (Kyotoprotokoll, Biowaffenkonvention, Abrüstungsvereinbarungen, Internationaler Strafgerichtshof, etc.) zurückholen.

IV

Ich komme zurück zum konkreten Frieden-Stiften.

Im ökumenischen Netzwerk von Basisgruppen und Initiativen fanden wir kürzlich folgende Konsensforderung zwischen Friedensethikern und Pazifisten: „Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die UN analog Artikel 43 der Charta der Vereinten Nationen Polizeieinheiten bilden kann, die in Situationen des Staatszerfalls und bei der Nachsorge von Konflikten zur Rekonstruktion eines öffentlichen Gewaltmonopols und zum Schutz grundlegender Menschenrechte eingesetzt werden können.“

Mir geht es darum, Recht und Gewaltfreiheit konkret statt militärischer Strategien befördern zu helfen. Dabei gebe ich gerne zu, dass die Rolle der Militärs in sog. „peace keeping missions“ der UN eine neue, letztlich polizeiliche ist. Die „Blauhelme“ waren auch ein Schritt, den ich als Pazifist mittragen konnte. Leider sind sie in Verruf geraten, weil man ihnen auch polizeilich eingreifende Maßnahmen verboten hatte (s. Srebrenica). Ich nenne Ihnen einmal die Prinzipien der Blauhelmausbildung, wie ich sie von General Greindl, Österreich, gelernt habe. Meine beeindruckendste Begegnung mit einem Militär war im Januar 1994 in München-Freising mit diesem General Greindl, einem österreichischen Blauhelm-General mit Erfahrungen in Palästina, Zypern und Jugoslawien. Seine Verhaltensliste (Kodex) für wirkliche Blauhelme hat mich beeindruckt und kann von mir als Pazifisten voll mitgetragen werden. Er nannte als Kriterien des Peace keeping (im Gegensatz zum Peace enforcement):

1. Der Gegner ist Partner statt Feind.
2. Blauhelme sind Schiedsrichter statt Vollstrecker.
3. Sie üben Takt statt Rücksichtslosigkeit.
4. Sie sind sichtbar statt getarnt wie Soldaten.
5. Information statt Geheimhaltung!
6. Kontaktherstellung statt Kontakt abbrechen - durch ein System auf 6 Ebenen.
7. Blauhelme versuchen zu überzeugen statt zu kämpfen.
8. Sie halten Übeltäter von ihren Taten ab dadurch daß sie Stärke zeigen, aber nicht vernichten.

Nur der letzte Punkt, der das waffentragende Abschreckungssymbol klassischen Soldatenhandwerks beinhaltet, konnte ich nicht mit vollziehen. Nach unserer Diskussion meinte Greindl scherzhaft-ernst, er könne sich auch seinerseits vorstellen, Schalom-General genannt zu werden.

Was aber unterscheidet den Soldaten und den Pazifisten denn dann eigentlich?

Wenn die Zielsetzung nicht strittig ist, Leben zu schützen und sein Leben (und Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte usw.) notfalls dafür hinzugeben, so sind es wohl die Ausbildung und die Methoden.

Denn wir haben gesehen, dass es andere Wege gibt: in der DDR 1989 (vorbereitet seit Jahren und ausgegangen von Friedensgebeten und Kerzen gegen Panzer und Militärs; in Tibet, auf den Philippinen, in Südafrika und anderswo. Nirgends ist das Paradies entstanden und auch die Gerechtigkeit nicht, aber es sind Beweise, dass Veränderung zum Besseren anders gehen kann als mit „Militärschlägen“.

Es geht mir jetzt nicht um Einzelbeispiele, was Friedensfachkräfte tun – das bleibt dem Gespräch vorbehalten.

In der „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ ist gerade zum 15.11. 2002 ein politisches Papier fertig geworden: „Nur ZIVILE Konfliktbearbeitung bekämpft Terrorismus nachhaltig und fördert Frieden. Dieses Netzwerks umfasst 50 Organisationen und 120 Einzelpersonen – ich gehöre ihm auch seit den Anfängen 1998 an - aus den Bereichen Menschenrechte, Friedensarbeit, Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Konfliktbearbeitung und Friedens- und Konfliktforschung. Das Papier ermutigt die Bundesregierung, Alternativen für die deutsche Politik aufzunehmen und umzusetzen.

www.konfliktbearbeitung.net

Die Plattform fordert für Innen- und Außenpolitik den „Primat ziviler Konfliktbearbeitung“ und den frühzeitigeren Beginn von Krisenprävention. Sie betont: Einiges ist in den letzten Jahren in Deutschland politisch umgesetzt worden, wenn auch zu zaghaf.

- Die Einrichtung des in der Friedensbewegung entwickelten Zivilen Friedensdienstes als Abteilung des BMZ in Kooperation mit Friedens- und Entwicklungs-Organisationen;
- Die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit (FriEnt) zur Kooperation von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren;
- Das AA hat das Projekt ZIVIK beim Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) zur Unterstützung von ZKB-Projekten eingerichtet sowie das ZIF – Zentrum für internationale Friedenseinsätze,

zur Förderung, Begleitung und Auswertung des Einsatzes von zivilem Personal für internationale Friedenseinsätze.

- Die Deutsche Stiftung Friedensforschung in Osnabrück und das deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin sind wichtige, wenn auch noch wackelige Stütz-Pfeiler.
- Hinzu kommt das innenpolitische „Aktionsprogramm für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ – wie „Entimon oder Xenos oder Civitas... Über „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ haben wir gerade den ersten Dialog zwischen Muslimen und deutschen Friedensorganisationen (AGDF und pax christi) abgewickelt.

Konkret heißt es dann – und damit schließe ich - zur „Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung“:

Wir begrüßen diese Entwicklungen und ihre Fortschreibung in der aktuellen Koalitionsvereinbarung. Hieran anknüpfend fordern wir,

- die Etablierung der zivilen Konfliktbearbeitung und des Menschenrechtsschutzes als eigene Handlungsfelder in allen einschlägigen Ministerien sicher zu stellen und deren Kooperation und Kohärenz zu fördern. Hierzu sollte die Bundesregierung dringend einen ressortübergreifenden Aktionsplan erstellen, insbesondere unter Berücksichtigung innergesellschaftlicher Konfliktpotentiale und Menschenrechtsverletzungen;
- im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung die internationalen Vorgaben von der Aktionsplattform der Vierten Weltfrauenkonferenz/Peking und der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates konsequent umzusetzen, welche die Mitwirkung von Frauen auf allen politischen und gesellschaftlichen Handlungsebenen heraus stellen. Anzustreben ist die paritätische Beteiligung der Frauen bei der Programmausrichtung, ihrer personellen Umsetzung sowie bei wissenschaftlichen Analysen bzw. Evaluationen (Genderparität: mindestens 40 % Frauen bzw. Männer);
- die Mitarbeit Deutschlands in den multilateralen europäischen Netzwerken, insbesondere bei den Friedensmissionen der OSZE und den VN weiter zu stärken;
- die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für die Beteiligung von zivilen Friedensfachkräften an internationalen Friedensmissionen weiter zu verbessern;
- den Zivilen Friedensdienst auszuweiten und die Möglichkeit zu eröffnen, ihn im Inland einzusetzen, um in einem ersten Schritt das bereits existierende Potential für eine gewalttätige Konfliktaustragung zwischen in Deutschland lebenden sozialen und ethnischen Gruppen abzubauen, die aus Krisengebieten nach Deutschland gekommen sind;
- die zivile Konfliktbearbeitung dadurch zu stärken, dass Maßnahmen zur Unterbindung des Waffenhandels und des weltweiten Waffenschmuggels auf

internationaler Ebene entwickelt und umgesetzt werden. Ein genereller Ausstieg aus Lizenzlieferungen z.B. zu Kleinwaffen sollte eingeleitet, überschüssige Waffen der Bundeswehr sollten verschrottet und nicht in den Exportkreislauf eingespeist werden;

- Entwicklungshilfeleistungen konsequent und ohne Abstriche an die Erfüllung der fünf Kriterien deutscher Entwicklungszusammenarbeit zu knüpfen, vor allem an die Achtung der Menschenrechte, an Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, sowie an die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess. Keine Entwicklungshilfe sollte insbesondere geleistet werden für Regime, die eine kriegsorientierte Politik betreiben, die Kindersoldaten einsetzen, und die weiterhin zur Verbreitung von Anti-Personen-Minen beitragen (Not- und Katastrophenhilfe ausgenommen);
- das im Jahr 2000 vom Auswärtigen Amt eingerichtete Förderungsprogramm zur Krisenprävention - vor allem zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Friedensbemühungen in Konfliktregionen - weiter zu verstärken und dabei besonders die Aktivitäten lokaler Akteure zu berücksichtigen;
- die Förderprogramme für Demokratie und Toleranz sowie gegen Rassismus und Gewalt weiter auszubauen und sie als Teil eines umfassenden Programms der zivilen Konfliktbearbeitung zu integrieren;
- die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung über die Deutsche Stiftung Friedensforschung (s.o.) langfristig und dauerhaft zu sichern;
- die Wirtschaftsunternehmen aufzufordern, ihr wirtschaftliches Handeln an der Einhaltung der Menschenrechte und der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten auszurichten;
- die internationalen Menschenrechtsstandards zu fördern, zu sichern und auszubauen, und sie nicht einer vermeintlichen Strategie der inneren Sicherheit zu opfern.

V

Mein Schluss-Appell:

Die Delegitimierung von Krieg ist das Gebot der Stunde:

Wir brauchen Diplomatie, und Empathie, Mediation und Zivilcourage, Internationale Polizei und Völkerrecht, gewaltfreie Aktionen und bürgerschaftliche Provokationen, ZKB und ZFD!

Dr. Reinhard J. Voß, pax christi-Sekretariat, Postf. 1345, 61103 Bad Vilbel. Tel. 06101-2073